NORDIRLAND

„Die Mutter allen Verrats“

Ein historisches Abkommen soll den Bürgerkrieg in Belfast und den jahrhundertealten Konflikt zwischen Briten und Iren beenden. Die meisten Bürger sind begeistert und wollen zustimmen. Doch ewiggestrige Fanatiker, in Sorge um ihre Pfründen, kämpfen gegen den Vertrag.

Ehrwürden Ian Paisley ist ein Meister verschiedener Rollen. In Brüssel und Straßburg, wo der Veteran des Kampfes für Nordirlands ewige Union mit der britischen Krone als Europa-Abgeordneter wirkt, gilt er als Musterbeispiel dafür, daß Löwe und Lamm erfolgreich kooperieren können. Zusammen mit seinem prominenten Gegner im Nordirlandkonflikt, dem gemäßigten Katholiken John Hume, bildet er ein gefürchtetes Lobby-Duo, wenn es gilt, EU-Wohltaten für die Krisenprovinz zu erstreiten.

Sogar mit seinen Kollegen aus der Republik Irland kommt Paisley blendend aus, obwohl Dublins Politiker für jeden fanatischen Gefolgsmann des Pastors Abgesandte des Satans sind. Doch der Presbyterianer ist bereit, auch von den Teufeln zu lernen, wie man mit Hilfe der EU-Kassen ein Wirtschaftswunder herbeizaubert – die Iren haben es erfolgreich vorexerziert.

Zurück in der Heimat, ist „Dr. No“, wie ihn seine Gegner verspotten, ganz der Alte: Als er vorige Woche den Wahlkampf für ein „Nein“ bei der Volksabstimmung über das Friedensabkommen eröffnete, schreckte er seine Gemeinde durch lautstarke, geradezu alttestamentarische Wucht. Mit den Worten, dies sei „ein Kampf um das Blut unseres Volkes“, rief er zum totalen Krieg gegen das auf, was er selber in Brüssel praktiziert – Zusammenarbeit mit politischen Feinden in gemeinsamen Institutionen. Daß auch protestantische Kollegen das historische Karfreitagsabkommen ausgehandelt haben und ihm zustimmen wollen, verdammt Paisley, 72, nun als „die Mutter allen Verrats“.

Dennoch: Die Wähler haben, einstweilen jedenfalls, die Absicht bekundet, beim Referendum am 22. Mai das Abkommen mit großer Mehrheit zu billigen. Es soll nach drei Jahrzehnten der „Troubles“ und nach 3200 Toten Nordirland stabilen Frieden bescheren. Darüber hinaus soll der Vertrag das noch immer gespannte Verhältnis zwischen Briten und Iren durch vielfältige Kooperationsabsprachen normalisieren.

In der Krisenprovinz wollen nach Umfragen der Tageszeitung „The Guardian“ 73 Prozent der Bürger die Vereinbarung billigen. In der Republik Irland möchten 61 Prozent vertragsgemäß jene Verfassungsparagraphen streichen, die Anspruch auf Nordirland erheben. Und im übrigen Britannien, wo nicht abgestimmt wird, begrüßen gar 81 Prozent die Verhandlungsergebnisse.

Doch nach der Euphorie der Ostertage, nach den Glückwunsch-Hymnen, in die politische VIPs von Jassir Arafat über Nelson Mandela bis Johannes Paul II. einstimmten, war ein Rückschlag unausweichlich. Das Schicksal der beiden anderen als „historisch“ gefeierten Friedensabkommen aus den vergangenen Jahren – Oslo (Nahost) und Dayton (Balkan) – hat gezeigt, daß die wohlmeinendsten Abmachungen keinen wirklichen Ausgleich bringen können, wenn nicht alle Beteiligten den Willen zur Versöhnung haben und bereit sind, auch das Kleingedruckte in den Verträgen zu erfüllen.

Noch ist es zu früh für Nobelpreise. Wie Israelis und Palästinenser, wie die Kriegsparteien des Bosnienkonflikts zeigten sich auch Katholiken und Protestanten nur unter großem Druck von außen bereit, ihren jahrhundertealten Streit zu beenden. Es waren die Regierungen in London, Dublin und – vor allem – in Washington, die den vorläufigen Frieden von Belfast herbeizwangen.

Jede der nordirischen Konfliktparteien mußte sich dabei von einem Kernpunkt ihres Credos verabschieden: Katholische Nationalisten stimmten der Einrichtung eines nordirischen Regionalparlaments zu, in dem sie auf unabsehbare Zeit gegenüber den Protestanten in der Minderheit sein werden, und das ein sichtbarer Ausdruck für die Eigenständigkeit der Provinz ist. Protestantische Unionisten nahmen die Einrichtung von grenzübergreifenden Gremien hin, in denen Politiker aus Dublin und Belfast zusammenarbeiten sollen.

S. TOUHIG / SYGMA

Gegner des Friedensvertrags in Belfast: *Aufmarsch der Nörgler*

Wie üblich steckt der Teufel im Detail: Für das künftige Belfaster Parlament, wie auch für die streng nach Proporz zu besetzenden nordirischen Selbstverwaltungsgremien sind strikte Sperrminoritäten vorgeschrieben, was eine Blockadepolitik – und darin sind Nordiren Weltmeister – geradezu ermuntert. Die gemeinsamen Nord-Süd-Gremien, das Trostpflaster für die nach Vereinigung strebenden Nationalisten, die darin Ansätze einer gemeinsamen Inselregierung sehen, sind laut Vertragstext lediglich angehalten, „sich bestmöglich dafür einzusetzen, Übereinstimmung in den Bereichen gemeinsamer Politik zu erreichen“; das ist eine Gummiformulierung, die obstruktionserfahrenen Politikern Freude bereitet.

Kein Wunder, daß sich von den 1,6 Millionen Einwohnern Nordirlands vorige Woche vor allem die traditionellen Skeptiker mit frontübergreifender Nörgelei am mühsam Errungenen zu Wort meldeten. Eine Unzahl von Gruppen auf beiden Seiten legte Protest ein: selbsternannte Unterstützer für politische Gefangene, die Polizeiveteranen von der Royal Ulster Constabulary, alle möglichen Absplitterungen

GAMMA / STUDIO X

Bürgerkriegsunruhen in Londonderry (1996): *„Ein Kampf um das Blut unseres Volkes“*

der größeren politischen Parteien und paramilitärischen Verbände im nordirischen Politdschungel.

Der 80 000 Mitglieder starke Oranier-Orden, der den untereinander zerstrittenen Protestantenpolitikern eine gemeinsame kulturelle Heimat gibt, weigerte sich, seinen Anhängern die Zustimmung zum Vertrag zu empfehlen. Die „Orangemen“, die alljährlich mit Schärpen, Bowlern und klingendem Spiel durch katholische Viertel ziehen, machten auf einem hitzigen Treffen ihrem Spitznamen als „Afrikaaner“ des Nordirlandkonflikts alle Ehre. Zuvor waren sie umhermarschiert, damit die „Papisten“ eine alte Schlachtenniederlage nicht vergessen („zur glorreichen, frommen und unsterblichen Erinnerung an den großen und guten König Wilhelm, der uns bewahrt hat vor dem Unwesen der Päpste, vor Sklaverei und Niedertracht sowie vor Messinggeld und Holzschuhen“).

Auf katholischer Seite herrscht nicht weniger Blockadelust: Bernadette Sands McKevitt, die Schwester des verurteilten IRA-Mitglieds Bobby Sands, der sich 1981 zu Tode gehungert hat, wirbt zusammen mit radikalen Verbündeten für ein „Nein“. Mit unbewegtem Gesicht und unerschütterlicher Überzeugung forderte sie eine Rückkehr zum Bürgerkrieg und zitierte einen weiteren „Märtyrer“ der irischen Einheit, den 1922 erschossenen Michael Collins: „Ein unfreies Irland kann niemals friedlich sein.“

Nicht einmal bei allen Verhandlungsteilnehmern von Schloß Stormont war die Zustimmung zum Abkommen sicher: Bis zum Ende voriger Woche versuchte David Trimble, Chef der größten Unionistengruppierung, eine Revolte seiner eigenen Parteifreunde gegen das Abkommen niederzuschlagen.

Und auch das Einverständnis der IRA-nahen Sinn-Fein-Partei schien keineswegs garantiert. Zwar wird deren Chef Gerry Adams von den meisten Kommentatoren als der eigentliche Profiteur des Friedensprozesses angesehen, doch hat er offenbar Schwierigkeiten, seinen Parteifreunden das Ergebnis zu verkaufen. Überraschend berief die Parteispitze einen Sonderkonvent ein, der entscheiden soll.

Um Adams die Aufgabe zu erleichtern, entließ die Regierung in Dublin vorzeitig neun verurteilte IRA-Terroristen, die prompt der Sinn-Fein-Führung Loyalität gelobten – was wiederum Polizei und Protestanten empörte.

AFP / DPA

Protestantenführer Paisley
Die Stunde des „Dr. No“

Die Vehemenz der Neinsager ist leicht verständlich: Sie fürchten, durch den Frieden nur zu verlieren. Ziel der Verhandlungen war es von Anfang an, alle Gegner eines Friedensabkommens ins politische Abseits zu drängen. Konnten sie bislang auch schlichte Kriminalität, etwa ihren florierenden Drogenhandel, politisch kaschieren, verlieren sie nun jedes Feigenblatt.

Die Gewitzteren unter den Vertragsgegnern versuchen, das Beste aus der neuen Situation zu machen. Zwar befürchtet auch der Protestanten-Ultra Paisley einen Sieg der Friedensfreunde bei der Volksabstimmung; mit seiner Nein-Kampagne will er aber alle unionistischen Vertragsgegner um sich scharen und so seine Ausgangsposition bei den im Monat darauf anstehenden Wahlen zum neuen Belfaster Parlament verbessern. Sein Vater sei „entschlossener und rücksichtsloser“ als je zuvor, glaubt der 30jährige Ian Paisley Jr., der sich Hoffnungen auf eine politische Karriere macht.

Trotz der guten Umfrageergebnisse hält auch die britische Regierung ein „Ja“ beim Referendum noch nicht für gesichert. Sie will einen beispiellosen Werbefeldzug zur Unterstützung des Abkommens starten, der zuweilen die Grenzen der Fairness streift.

In einem Memorandum an Nordirlandministerin Mo Mowlam empfehlen Mitarbeiter, unliebsame Umfrageergebnisse schlicht zu verschweigen: „Es ist sicherzustellen, daß nicht alle Resultate an die

„Schweiß statt Blut“

Friedensunterhändler John Hume über das Abkommen

Hume, 61, ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen und Arbeiterpartei Nordirlands und einer der Initiatoren des Friedensprozesses. Der moderate Katholik gehörte zu den wichtigsten Akteuren bei den Belfaster Verhandlungen. Aus einer Wahl in Nordirland dürfte Hume als stellvertretender Ministerpräsident unter seinem protestantischen Gegenspieler David Trimble hervorgehen.

SPIEGEL: Viele sehen dieses Abkommen als Sieg der katholischen Nationalisten an. Protestantenführer Ian Paisley spricht vom „Diktat aus Dublin“. Fühlen Sie, der Katholik, sich als Gewinner?

Hume: Wir haben in diesem Prozeß sicherzustellen versucht, daß keine Seite gewinnen kann. Wir sind ein gespaltenes Volk, und deshalb ist es ausgeschlossen, daß der Sieg einer Seite die Lösung in diesem Konflikt bringen kann. Beide Seiten mußten sich respektiert fühlen – zumindest unsere Partei hat sich daran gehalten. Ich habe Paisley immer gesagt, wenn man das Wort „No“ aus dem Englischen entfernen würde, wäre er sprachlos.

SPIEGEL: Die Allparteiengespräche haben zu dem historischen Durchbruch, zum Frieden in Nordirland geführt – durch Ausklammern der strittigsten Punkte?

Hume: Der Konflikt in Nordirland besteht ja nicht nur aus dem gespannten Verhältnis beider Bevölkerungsteile zueinander. Auch die schwierigen Beziehungen zwischen Nordirland und Irland, zwischen Irland und Großbritannien waren Kernpunkte der Auseinandersetzung. Deshalb war es ein wesentlicher Fortschritt, daß beide Regierungen und alle nordirischen Parteien sich in einem Gebäude getroffen haben …

SPIEGEL: … obwohl dort nicht alle Teilnehmer auch miteinander geredet haben.

Hume: Dennoch haben wir ein Abkommen zustande gebracht.

SPIEGEL: Unionisten behaupten, die Bindung an London sei durch den Vertrag stärker geworden; die Republikaner hoffen, er sei der erste Schritt zu einer gemeinsamen irischen Regierung. Schließen sich diese Interpretationen nicht aus?

Hume: Es gibt immer Leute, die sich das Ergebnis so zurechtbiegen, wie es ihnen paßt. Wir wollten dem europäischen Modell für die Lösung von Konflikten folgen. Das ist der Grund, warum das Abkommen Gremien für Nordirland vorsieht, die es beiden Bevölkerungsteilen erlauben, in Bereichen gemeinsamer Interessen zusammenzuarbeiten. Etwas Ähnliches haben wir für die Iren im Norden und im Süden der Insel erreicht. Wenn wir bei der Förderung unserer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zusammenarbeiten, dann werden wir auch die Barrieren abbauen, die uns seit Jahrhunderten getrennt haben.

S. TOUHIG / SYGMA

Friedensinitiator Hume: *„Der Sieg einer Seite bringt nicht die Lösung“*

SPIEGEL: Was macht Europa zum Vorbild?

Hume: Auch andere europäische Völker, die sich gegenseitig jahrhundertelang abgeschlachtet haben, errichteten gemeinsame Gremien, die zwar ihre Unterschiede respektierten, aber dennoch die Zusammenarbeit ermöglichten. Genau das muß in einem neuen Irland die Folge dieses Vertrags sein. Wir müssen unseren Schweiß und nicht unser Blut vergießen.

SPIEGEL: Warum haben Sie die Entwaffnung der Terrorgruppen nur so zögerlich behandelt?

Hume: Das stimmt nicht. In dem Abkommen steht deutlich, daß eine internationale Kommission eingesetzt wird, die sich um dieses Thema kümmert. In Wahrheit geht es doch gar nicht darum, einige Leute zur Kapitulation zu zwingen. In Wahrheit geht es um die Frage: Haben die Gruppen die Gewalt aufgegeben? Es hat keinen Sinn, wenn sie montags Waffen abliefern und sich dienstags neue kaufen. Das ganz große Ziel dieses Abkommens ist es doch, ein absolutes Ende der Gewalt in Nordirland herbeizuführen. Ich glaube, daß das Abkommen dazu in der Lage ist.

SPIEGEL: Ein ähnliches Abkommen vor knapp 25 Jahren brach schon nach fünf Monaten zusammen. Warum sollte das neue halten?

Hume: Der große Unterschied zu früher ist die vereinbarte Volksabstimmung in beiden Inselteilen. Es ist das erstemal in unserer Geschichte, daß die Iren in Nord und Süd über gemeinsame Institutionen abstimmen werden. Das Referendum ist die Grundlage für die künftige Stabilität. Über diesen Volksentscheid kann sich niemand hinwegsetzen.

SPIEGEL: Werden die Wähler dem Abkommen zustimmen?

Hume: Meine Erfahrung sagt mir, daß eine überwältigende Mehrheit der Iren einen dauerhaften Frieden wünscht und deshalb dem Abkommen zustimmen wird.

SPIEGEL: US-Senator George Mitchell, der die Verhandlungen geleitet hat, fürchtet aber, eine neue Welle der Gewalt könne das Abkommen noch torpedieren.

Hume: Solche Gewalt könnte nur von Splittergruppen kommen, die von Anfang an den Friedensprozeß zum Scheitern bringen wollten. In der Vergangenheit glaubten die Gruppen auf beiden Seiten, daß sie für das Recht auf Selbstbestimmung kämpften. Doch erstmals werden jetzt die Iren auf der ganzen Insel abstimmen, und damit wird die Selbstbestimmung in die Tat umgesetzt.

Öffentlichkeit gelangen.“ Bei einem irischen Bischof mußte sich die Ministerin sogar entschuldigen, weil er ungefragt als Hiwi vereinnahmt worden war. Das Strategiepapier enthülle einen „betrügerischen Plan“, echauffierte sich Paisley.

Londons Versuche, das Ja zum Vertrag zu beflügeln, nehmen auch handgreiflichere Formen an. „Unsere wichtigste Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Leute vor Ort durch das Abkommen Jobs erhalten“, mahnte Sinn-Fein-Chef Adams, und die Regierung von Tony Blair reagierte prompt. Sie bewilligte den Neubau einer Universität für West-Belfast, die jetzt genau auf der Trennungslinie zwischen Protestanten- und Katholikenvierteln errichtet wird. Außerdem soll das größte Bauprojekt, das jemals in Nordirland begonnen wurde, den verrottenden Kai-Anlagen im Belfaster Hafen einen neuen Freizeitpark bescheren.

Daß konkrete Hilfsprojekte vor Ort noch am ehesten geeignet sind, die starren Fronten zwischen Katholiken und Protestanten aufzubrechen und Zusammenarbeit zu fördern, ist auch eine Erfahrung, welche die EU seit 1995 gemacht hat. Über eine Milliarde Mark an Hilfsgeldern zur Unterstützung des Friedensprozesses hat die deutsche Kommissarin Monika Wulf-Mathies in der Krisenprovinz verteilt. Voraussetzung war: Jedes Vorhaben mußte von Katholiken und Protestanten gemeinsam durchgeführt werden. Nicht ein einziger dieser überkonfessionellen Verwaltungsräte ist auseinandergebrochen.

Doch während örtliche Zusammenarbeit immer öfter Erfolg hat, ist es noch ein weiter Weg bis zu wirklicher Aussöhnung in Nordirland. In der Diskussion über das Abkommen von Belfast ging vorige Woche die Nachricht vom Scheitern eines Pro-jekts unter, von dem sich Tony Blair ein Stück konkreter Versöhnung versprochen hat.

Vor sechs Monaten bat der britische Premier den geachteten Nordirlandpolitiker Sir Kenneth Bloomfield, Vorschläge für ein Mahnmal des Nordirlandkonflikts zu unterbreiten. Doch Bloomfield machte die Erfahrung, daß die Märtyrer der einen Seite der anderen Seite noch immer als Terroristen gelten: „Ich mußte mir sagen lassen: Wenn Sie wirkliche Anerkennung für mein Leiden wollen, sollten Sie den Mörder meines Mannes ergreifen und im Gefängnis verrotten lassen.“

Trotz des Erfolges von Belfast lautete Bloomfields Empfehlung für Blair: „Wir werden warten müssen, bis wir wirklich eine neue und stabile Ära des Friedens erreicht haben, bevor ein Denkmal mit den Namen aller Opfer durchsetzbar wird.“